



Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 9/2002 (29. April 2002)

eMail: sand.im.getriebe@attac.org

Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Markus Schallhas (Attac Österreich) Felix Kolb (Attac Deutschland)

Der Inhalt

1. **Vertrauliche EU-Dokumente bestätigen widersprüchlichen Charakter der GATS-Verhandlungen.** Wir danken der Europäischen Kommission **nicht** für die ersten detaillierten Anträge im Rahmen des GATS Anfrage-Angebots Prozesses an die Länder der sogenannten Gruppe I (Industrieländer). Wir hoffen, dass die gleiche Quelle ebenfalls uns die Anträge an die Gruppe II bis Ende April zur Verfügung stellt.
2. **Die Situation in Frankreich nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von Christophe Aguiton.** Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen gab es eine sehr unangenehme Überraschung, nämlich den Aufstieg der extremen Rechte, der es ihrem Chef, Jean Marie Le Pen, ermöglichte, in den zweiten Wahlgang zu gelangen. Er wird dann gegen Jacques Chirac antreten, amtierender Präsident der Republik und Kandidat der RPR, der größten Partei der parlamentarischen Rechten in Frankreich.
3. **Die Globalisierung als Ausdruck und Verbreitung des Neoliberalismus in Lateinamerika und in Mexiko von Sergio Obeso.** Unsere Welt ist heutzutage durch einen raschen Wandel gekennzeichnet, der sich in allen Bereichen der menschlichen Beziehungen und im Austausch von Ideen und Gütern jeglicher Art, in wissenschaftlichen Entdeckungen, technologischen Neuerungen, in den verschiedenen Lebensarten, in Werten und in kulturellen Äußerungen aller Art, in der Kunst und in der Religion widerspiegelt.
4. **Recht auf Entwicklung in Gefahr von Eduardo Tamayo.** In Monterrey hat sich letztendlich das alte liberale Prinzip des „Trade not Aid“ (Handel statt Hilfe) durchgesetzt. Die Botschaft der reichsten Teile der Welt ist deutlich: Um die Nachteile der Dritten Welt zu überwinden, werden mehr Handel und private Investition angeordnet. Alles übrige (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung) erscheint als Zugabe.

5. **Die neuen Sklaven von Carlos Montemayor.** Am vergangenen 27. März gab der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein zu diesem Zeitpunkt der globalen Moderne besonders bedeutsames Urteil bekannt: Er legalisierte eine neue Form der Sklaverei. Das Urteil bezieht sich auf alle „illegalen“ Arbeitnehmer.
6. **Die Rezession der „New Economy“ in den USA: wirtschaftliche Kennzahlen 2001. von Dean Baker.** Nun, da die gegenwärtige Rezession endlich auch von offizieller Seite her anerkannt wird, sagen die meisten Ökonomen bereits wieder ihr Ende voraus. Diese Behauptung sollte man eher kritisch betrachten. Die große Mehrheit ebendieser Ökonomen war nicht in der Lage, den Beginn dieser Rezession vorherzusehen – in erster Linie, weil sie sich weigerten, die Probleme zu sehen, die einer Börsenblase von noch nie da gewesener Größe mit sich bringt.

1. Vertrauliche EU-Dokumente bestätigen widersprüchlichen Charakter der GATS-Verhandlungen

Wir danken der Europäischen Kommission **nicht** für die ersten detaillierten Anträge im Rahmen des GATS Anfrage-Angebots Prozesses an die Länder der sogenannten Gruppe I (Industrieländer). Wir hoffen, dass die gleiche Quelle ebenfalls uns die Anträge an die Gruppe II bis Ende April zur Verfügung stellt.

Information ist **der** Sprengstoff und das erklärt, warum die Kommission einem früheren Antrag auf Transparenz innerhalb der GATS Verhandlungen nicht stattgegeben hat. („die Anträge können und werden nicht veröffentlicht werden...“) Die Anträge selbst zeigen, dass GATS viele öffentliche Dienste und kleinere Unternehmen zerstören wird. Leitet diese Information weiter, besonders an die Kontaktadressen der Länder, deren Regierungen an den GATS Verhandlungen beteiligt sind und an die Anträge gestellt wurden. Nutzt den Sprengstoff, um GATS das Wasser abzugraben.

Anträge sind gestellt worden an: Ägypten - Argentinien - Brasilien - Chile - China - Hong Kong - Indien - Indonesien - Israel - Japan - Kanada - Korea - Kolumbien - Malaysia - Mexiko - Neu Seeland - Panama - Pakistan - Paraguay - Philippinen - Schweiz - Singapur - Süd Afrika - Taiwan - Thailand - USA - Uruguay - Venezuela

http://www.attac-netzwerk.de/wto/gats_request.php

Europäische Kommission – Komitee 133
„Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert sicher zu stellen, dass dieser Text nicht veröffentlicht wird und dass er nur den offiziell in dieser Angelegenheit Betroffenen zur Verfügung gestellt wird.“

Die veröffentlichten Dokumente beinhalten die vorläufigen Wünsche der Europäischen Kommission nach Entfernung oder Anpassung von Gesetzen und Verordnungen, die den Handel mit Dienstleistungen in 29 WTO-Mitgliedsstaaten einschränken, darunter die USA, Japan, Kanada, Mexiko, Brasilien, Südkorea und Indien. Die Wunschliste bestätigt den kontroversen Charakter der GATS-

Verhandlungen und zeigt, dass die GATS-Attacke dringend gestoppt werden muss.

Die durchgesickerten Dokumente zeigen, dass die Europäische Union die Absicht hat, alle WTO-Mitgliedsstaaten zu bitten, den Wassersektor (einschließlich Wassergewinnung, Gewässerreinigung, Wasserverteilung sowie Abwasserklärung- und -aufbereitung) für den internationalen Wettbewerb zu öffnen und große Teile des Energiesektors und diverser anderer Sektoren, wie Einzelhandel, Tourismus und Transport, zu liberalisieren.

In den WTO-Dienstleistungsgesprächen (GATS 2000) verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten. Das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission für die GATS-Gespräche wurde 1999, vor der WTO-Ministerkonferenz in Seattle, vereinbart. Trotz des Abbruchs der Ministerkonferenz in Seattle und des wachsenden globalen Widerstands gegen weitere WTO-Gespräche über eine Handelsliberalisierung wurde das Mandat der Kommission nie aktualisiert!

Generell behandelt die Europäische Union die GATS-2000-Gespräche äußerst vertraulich. Dadurch ist es praktisch unmöglich, die EU-Außenhandelspolitik demokratisch zu kontrollieren. Wäre es nach der Europäischen Kommission gegangen, so hätten Parlamentarier und Öffentlichkeit niemals Zugang zu den Listen-Entwürfen bekommen, die heute auf GATSwatch veröffentlicht wurden.

Die Europäische Union wird nicht nur andere WTO-Mitglieder auffordern, ihre Dienstleistungsbereiche zu liberalisieren, sondern auch aus anderen WTO-Mitgliedsstaaten Forderungen nach freiem Dienstleistungsverkehr erhalten. Gemäß der Ministererklärung von Doha sollten die WTO-Mitglieder ihre Listen vor dem 30. Juni 2002 einreichen. Es ist zu erwarten, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten gebeten werden, die Bereiche Unterricht, Gesundheitsdienste oder Wasserversorgung zu liberalisieren.

Ein solches politisches Gekungel mit unverzichtbaren Diensten sollte nicht erlaubt sein. Darum fordern die im Bereich GATS aktiven Gruppen in der EU von ihren Regierungen uneingeschränkte Offenheit hinsichtlich der GATS-Gespräche und lehnen die vorgeschlagenen EU-Wunschlisten ab. Die Gruppen fordern außerdem ein allgemeines Moratorium für die GATS-2000-Gespräche, um eine demokratische Debatte über die Themen zu ermöglichen, die auf dem Spiel stehen.

Im Januar 1998 trug die Veröffentlichung eines Textentwurfs für das Multilaterale Investitionsübereinkommen, das damals innerhalb der OECD verhandelt wurde, zum rapiden Wachstum einer internationalen Opposition

gegen eine solche Vereinbarung bei und löste so den endgültigen Abbruch der MIÜ-Verhandlungen keine zwölf Monate später aus.

Die heutige Veröffentlichung der vertraulichen EU-Dokumente könnte ähnliche Auswirkungen auf die GATS-2000-Gespräche haben. Auf jeden Fall zeigt sich hier wieder einmal, dass geheime Handelsdiplomatie dank der internationalen Zusammenarbeit der NGOs und aufgrund des Internets inzwischen der Vergangenheit angehört

Übersetzung: Annette SUDEK und Karin AZICHE

2. Die Situation in Frankreich nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von Christophe Aquton

Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen gab es eine sehr unangenehme Überraschung, nämlich den Aufstieg der extremen Rechten, der es ihrem Chef, Jean Marie Le Pen, ermöglichte, in den zweiten Wahlgang zu gelangen. Er wird dann gegen Jacques Chirac antreten, amtierender Präsident der Republik und Kandidat der RPR, der größten Partei der parlamentarischen Rechten in Frankreich.

Dieses Ergebnis hat ein politisches Erdbeben hervorgerufen, und es folgten sofort massive Demonstrationen: Fast 100.000 Personen demonstrierten gleich am Montag, 22. April, spontan im ganzen Land gegen die extreme Rechte, ebenso viele gingen am Dienstag auf die Straße, hauptsächlich Schüler und Studenten.

Bevor man sich Stellungnahmen und geplanten Aktionen, besonders der Bürgervereinigungen und Gewerkschaften, zuwendet, sollte man sich noch einmal mit der Analyse der Wahl beschäftigen und den politischen Lehren, die sich daraus ziehen lassen.

Die Ablehnung der neoliberalen Politik

Es wäre zunächst einmal ein Irrtum, zu glauben, dass dieses Ergebnis Zeichen eines Rechtsrucks im politischen Leben Frankreichs bedeutet und ein Rückzug der sozialen Bewegungen und der demokratischen Kräfte. Auf einer allgemeineren Ebene wäre es ein völliger Irrtum, den Rechtsruck, der die letzten europäischen Wahlen geprägt hat (zuerst Italien, Dänemark und Portugal, dann Frank-

reich), mit den Siegen Thatchers und Reagans zu vergleichen, die Anfang der 80er-Jahre eine Umkehr der Kräfteverhältnisse bedeuteten, eine langfristige Schwächung der Gewerkschaftsbewegung und den Aufstieg des Liberalismus in der Politik. Die Situation in Italien gibt ein treffenderes Bild der realen Kräfteverhältnisse wider: Trotz Berlusconi's Sieg zeigt sich eine sehr massive Bewegung ab, und zwar sowohl bei der Jugend – nach Genua – als auch in der Arbeitswelt, wie die Demonstration am 22. März und der Generalstreik am 16. April gezeigt haben.

Die Ergebnisse in Stimmzahlen bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ergeben ein Bild, das sich sehr unterscheidet von dem eines Frankreichs, in dem sich Rechte und extreme Rechte gegenüberstehen. 1995 bekam die Linke, einschließlich der extremen Linke, bei der ersten Wahlrunde 12.357.000 Stimmen. 2002 erreichte sie ein ähnliches Niveau mit 12.220.000 Stimmen. Die Rechte dagegen, einschließlich der extremen Rechten,

verlor 2 Millionen Stimmen, sie sank von 18.022.000 auf 16.282.000 Stimmen. Und das, wenn man der Rechten auch den Kandidaten der Jäger zuordnet, der 4% und damit 1.200.000 Stimmen bekam. Die große Lehre dieser Wahl ist, dass die Regierungsparteien Verluste hinnehmen mussten, aber auch dieses sowohl rechts als auch links.

Die Regierungslinke (Sozialisten, Kommunisten und Grüne) sank von 10.741.000 Stimmen auf 9.246.000, das entspricht einem Verlust von 1,5 Millionen, allerdings sind hierin die Stimmen für Jean Pierre Chevènement enthalten, der vor knapp einem Jahr als sein Amt als Innenminister aufgab und in seiner Kampagne die Verteidigung der "französischen Republik" (1), in den Mittelpunkt gestellt hatte. Er erhielt einen Anteil von 5,4% und 1.518.000 Stimmen. Die parlamentarische Rechte dagegen verlor mit 9.604.000 Stimmen im Vergleich zu 13.450.000 beim letzten Mal vier Millionen Stimmen.

Diese Verluste der Regierungsparteien sind Zeichen einer Ablehnung eines Systems und der politisch Verantwortlichen, die als unglaubwürdig eingeschätzt werden, allen voran Staatschef Jacques Chirac. Sie sind auch, vielleicht sogar in erster Linie, Zeichen der Ablehnung der neoliberalen Politik, die von den verschiedenen Regierungen, rechten wie linken, in den letzten Jahren verfolgt worden ist.

Der Anteil der Nichtwähler stieg von 21 auf 28%, und über eine Million Wähler (3,4%) gaben ungültige Stimmzettel ab. Die extreme Linke (drei trotzkistische Kandidaten) bekamen 1,4 Millionen Stimmen mehr, 2.974.000 zu 1.616.000, das entspricht einem Zuwachs von 5,3 auf 10,6%. Die extreme Rechte (zwei Kandidaten) erhielt eine Million Stimmen mehr, ihr Anteil stieg von 4.571.000 auf 5.472.000 und damit von 15 auf 20%.

Die extreme Rechte ist im einfachen Milieu verwurzelt

Der Aufstieg der extremen Rechte war ein Schock, umso mehr, als viele sie dauerhaft geschwächt geglaubt hatten. Sie hatte während der Parlamentswahlen 1997 und der Kommunalwahlen 2001 Stimmen verloren und hatte eine einschneidende Spaltung hinter sich.

Die Betrachtung der ersten Runde liefert einen Teil der Erklärung. Indem sowohl Jacques Chirac als auch Lionel Jospin die Sicherheit in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellten, machten sie ein Thema zum Schwerpunkt, das traditionell von den Rechten besetzt ist. Le Pen seinerseits führte eine moderatere Kampagne, als die, an die er uns gewöhnt hatte, weniger polarisierend zum Thema Zuwanderung und mehr auf soziale Fragen und die Verteidigung der Arbeiter und der „kleinen Leute“ gerichtet. Der Inhalt der Wahlurnen zeigt den Erfolg dieser Ausrichtung. Le Pen bekam 30% der Stimmen bei den Arbeitslosen und 23% bei den Arbeitern, im Gegensatz dazu erhielten Jacques Chirac nur 16 % und Lionel Jospin 11%. Nimmt man alle Arbeitnehmer, bleibt Le Pen (19%) immer noch vor Jacques Chirac (17%) und Lionel Jospin (16%).

Diese Verankerung der extremen Rechten im Arbeitermilieu ist in der Tat eine harte Anklage für Lionel Jospin, der sich geweigert hatte, das Mindestgehalt und die sozialen Mindestsätze nennenswert zu erhöhen und der keine drastischen Maßnahmen unternommen hatte gegen Entlassungen und die Zunahme prekärer Arbeitsplätze.

Aber das ist auch ein Problem der Gewerkschaften und Bewegungen, die, wie Attac, gegen die neoliberale Globalisierung kämpfen und sich in dem Glauben wiegten, dass die Rückkehr des Kampfes und der Mobilisierung, vom Streik im Dezember 1995 bis zu den großen Demonstrationen, die auf Seattle folgten, die extreme Rechte dauerhaft ins Abseits geschoben hatte. Für die Gewerkschaften bedeutet das, dass sie die Forderungen der Schwächsten, einschließlich der der Arbeitslosen, verteidigen und die Beschäftigten im privaten Sektor mobilisieren müssen. Und für Bewegungen wie Attac bedeutet es, Mittel zu finden, um Zugang zum Arbeitermilieu zu bekommen.

Die Mobilisierungen

Ab Sonntag Abend gab es im ganzen Land Demonstrationen, und am nächsten Tag gingen die Schüler und Studenten auf die Straße. Im Anschluss an diese spontane Bewegung gaben Bürgervereinigungen, Gewerkschaften

und linke Parteien den Startschuss für eine Mobilisierung. Der Kampf gegen Le Pen ist die erste Grundlage für die Übereinkunft.

Die zweite Runde der Präsidentschaftswahl findet am 5. Mai statt, und auch wenn es keinen Zweifel am Sieg Jacques Chiracs gibt, so ist es doch nicht gleichgültig, wie Le Pen abschneidet. Daher rühren die Formulierungen wie „Le Pen darf so wenig Stimmen wie möglich bekommen“ oder „Schlagen wir Le Pen, mit Gedanken, auf der Straße und in den Urnen“, die man in den Veröffentlichungen von Attac Frankreich findet und, mit ähnlichen Worten, in den meisten Stellungnahmen von Vereinigungen und Gewerkschaften.

Vor dem 5. Mai wurden zwei gemeinsame Mobilisierungen vereinbart: Samstag, 27. April und – vor allem – Mittwoch, 1 Mai. Aber viele, allen voran Attac, glauben, dass man sich nicht auf die Mobilisierung gegen Le Pen beschränken darf und dass es gleichzeitig gilt,

für die Forderungen der Arbeiter und gegen die neoliberale Globalisierung zu kämpfen – einziges Mittel, um die Probleme an der Wurzel zu packen und gegen die Ursachen des Aufstiegs der extremen Rechte zu kämpfen. Erste Treffen zwischen Vereinigungen und Gewerkschaften haben bereits stattgefunden, und es wird über entsprechende Maßnahmen gesprochen, um die Forderungen zu bekräftigen und Räume zu schaffen, die sowohl für die Mobilisierung als auch für Debatten und Gespräche, nach denen viele Aktive fragen, gebraucht werden. So findet denn auch eine erste große und für alle offene Diskussion am Donnerstag Abend in Paris statt.

Paris, 23. April

Anmerkungen

(1) : Mehr Zentralismus, Kampf um die traditionellen demokratischen Werte, mehr Unabhängigkeit (von Brüssel z.B.)

3. Die Globalisierung als Ausdruck und Verbreitung des Neoliberalismus in Lateinamerika und in Mexiko von Sergio Obeso

1. EINFÜHRUNG

Unsere Welt ist heutzutage durch einen raschen Wandel gekennzeichnet, der sich in allen Bereichen der menschlichen Beziehungen und im Austausch von Ideen und Gütern jeglicher Art, in wissenschaftlichen Entdeckungen, technologischen Neuerungen, in den verschiedenen Lebensarten, in Werten und in kulturellen Äußerungen aller Art, in der Kunst und in der Religion widerspiegelt. Wir erleben und erfahren täglich die Auswirkungen eines pluridimensionalen Phänomens, der sogenannten „Globalisierung“.

Zweifelsohne stellt die Globalisierung die sozialen, politischen und religiösen Einrichtungen aller Länder vor neue Herausforderungen, da sie neue und komplexe soziale, wirtschaftliche und politische Prozesse in Gang gesetzt hat, die ihrerseits bereits bestehende, aus einer früheren Zeit stammende Konflikte beschleunigt und Ungleichheiten im Austausch hervorgebracht haben, die das Leben und den Entfaltungsprozess der Menschen

und der sozial schwächeren Gruppen wesentlich beeinträchtigen.

Bereits seit einiger Zeit gibt es zahlreiche Analysen und eine breite Diskussion über die Frage, inwieweit das Phänomen der Globalisierung - so sehr es einerseits allen Ländern Gelegenheiten zu wirtschaftlichem Wachstum (aber nicht zur Entwicklung) bietet - andererseits eine enorme Polarisierungsgefahr zwischen den wirtschaftlichen Blöcken und neue Abhängigkeitsformen soziopolitischer und kultureller Art für die ärmeren Länder bedeutet.

Unsere Absicht besteht natürlich nicht darin, in diesem Vortrag eine wissenschaftliche Untersuchung einer so weiten Problematik, wie sie die Globalisierung darstellt, zu bieten; vielmehr möchten wir - vor dem Hintergrund einiger Fakten aus unserer Realität - einen schlichten Beitrag zu Überlegungen pastoralen Charakters leisten.

2. DIE GLOBALISIERUNG ALS PROZESS WIRTSCHAFTLICHER INTEGRATION

Das Wesen des Globalisierungsprozesses ist die Integration der Welt in ein einziges wirtschaftliches System, das kapitalistische. Das transnationale Kapital zwingt seine Bedingungen auf, um seine Projekte wirtschaftlicher Entwicklung durchzuführen, und das auf Kosten der Rechte der Menschen und der Unabhängigkeit der Nationalstaaten. Mexiko wird, genauso wie die anderen lateinamerikanischen Staaten, gezwungen werden, den Spielraum zur Bestimmung seines eigenen Modells wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Entwicklung einzuschränken. Tatsächlich ist Mexiko voll in die globalisierte Wirtschaft eingestiegen, als das Land die acht Freihandels-Abkommen unterzeichnete, die 24 Länder betreffen, und der Welthandelsorganisation beiträgt.

Damit übernahm Mexiko ein Entwicklungsmodell, das vollkommen von den Gesetzen des freien Marktes bestimmt wird und - im Hinblick auf die Produktion wirtschaftlichen Reichtums, auf das wirtschaftliche Wachstum und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen - grundsätzlich auf dem Exportsektor und der Spekulation des ausländischen Kapitals basiert.

Die Ablösung des nationalen Projekts durch ein wirtschaftliches Modell, das zunehmend vom Ausland abhängig ist, hatte ein übermäßiges Wachstum der Manufakturindustrie zur Folge und hat zur gleichen Zeit die meisten nationalen Klein- und Mittelbetriebe zum Bankrott geführt. Gleichzeitig wurden die nationalen Produktionsketten abgebaut, die Auslandsschuld nahm zu und die Emigration in Richtung Norden und in die Vereinigten Staaten wurde gefördert.

Das Ergebnis der Abwanderung war die Verwahrlosung ländlicher Gebiete mit äußerst negativen Folgewirkungen: die landwirtschaftliche Produktion ging zurück und die Abhängigkeit unseres Landes auf dem Ernährungssektor wuchs. Produkte, die früher den Inlandsverbrauch deckten, wie Reis, Mais und Bohnen, müssen nun in großen Mengen importiert werden, um der nationalen Nachfrage nachzukommen.

Es ist klar, dass der Export von Halbfabrikaten als alternative Quelle der Devisenbeschaffung nicht die beste Entscheidung gewesen ist. Im letzten Jahrzehnt konnten die exportierenden Firmen nur 3,4% der Arbeitsplätze auf nationaler Ebene schaffen und für jeden exportierten Dollar wurden fast anderthalb Dollar importiert...

Es stimmt zwar, dass der Verfall des landwirtschaftlichen Sektors schon in der Zeit seinen Anfang nahm, als der Industrialisierung des Landes der Vorzug gegeben wurde; doch wuchs - als Folge einer bewusst gesteuerten Wirtschaftspolitik seitens der Regierung - gerade in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der kleinen und mittleren Produktionsbetriebe, die schließen mussten.

1980 kamen 12% der öffentlichen Ausgaben dem Agrarsektor zu Gute, 1989 waren es nur noch knappe 5%. Hinzu kommt der unlautere Wettbewerb einiger Länder, hauptsächlich der USA, die die Subventionen für ihre eigene Agrarproduktion erhöhen, während die mexikanische Regierung die Zuschüsse herabsetzt oder ganz streicht. Und wenn Mexiko - trotz der Gesetze des freien Marktes - einen Sektor schützen möchte, zum Beispiel die Zuckerrohrproduzenten mit einer zwanzigprozentigen Steuer auf Erzeugnisse mit hohem Fruktosegehalt, nimmt die US-Regierung eine noch härtere Stellung ein und droht mit Importsanktionen für mexikanische Produkte.

Diese Lage hat - regelmäßig in Sechsjahresabständen - zu einem weiteren Anwachsen der Armut geführt, besonders in den ländlichen Gebieten und in den "Comunidades Indígenas". Die vorsichtigsten Schätzungen ergeben, dass in Mexiko mindestens 22 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum leben. Im Gegensatz dazu ist die nationale Einkommensbeteiligung der reichsten Familien, die 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen, in den vier letzten Jahren des vergangenen Jahrzehnts um mehr als 20% gestiegen.

Die Armut und die Arbeitslosigkeit waren zwei Hauptgründe für die Zunahme der Auswanderung sowohl aus Mexiko als auch aus anderen Ländern Mittelamerikas in die USA und nach Kanada. Zur Illustration des Gesagten reicht das Beispiel der kleinen Gemeinde Atzalán im Staat Veracruz: von dort emigrier-

ten in einem Jahr mehr als 6.000 Personen, was 12% der Gesamtbevölkerung der Gemeinde entspricht. Die negativen Auswirkungen der Emigration sind bekannt: die Familienbeziehungen werden gestört, das Ackerland verwaist, die Emigranten gehen große Risiken für Leben und Gesundheit ein usw. Dieses Phänomen zerstört darüber hinaus die soziale Kohäsion der Bevölkerung in den Herkunftsgemeinden, entzieht ihnen ihre dynamischsten und produktivsten Kräfte, entfremdet ihre Kultur, bringt die örtliche und regionale Wirtschaft aus dem Gleichgewicht und nimmt auch den kirchlichen Gruppen und Einrichtungen ihre fähigsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weg.

3. DIE GLOBALISIERUNG ALS AUSDRUCK UND VERBREITUNG DES NEOLIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA UND IN MEXIKO

Der Neoliberalismus, so wie er in Lateinamerika und in Mexiko verstanden und verbreitet wurde, ist nicht nur ein wirtschaftliches Programm, sondern ein Entwicklungsmodell, das den Markt als absoluten Wert darstellt und ihn zu Mittel, Methode und Zweck alles menschlichen Verhaltens erhebt. Daher versucht er, das Leben der Menschen, das Verhalten der Gesellschaften und das politische Handeln der Regierungen in diesen weiten Bezugs- und Zuständigkeitsrahmen einzugliedern.

Sowohl die mexikanischen Bischöfe als auch andere religiöse Führungskräfte in Lateinamerika und der Karibik haben sich gegen das neoliberale Modell ausgesprochen, weil es gegen die Menschenwürde und die Freiheit des Menschen verstößt, die Teilhabe aller Menschen an den Gütern beschränkt und gesunde Konkurrenz und Solidarität hemmt (siehe Pastoralbrief der Mexikanischen Bischofskonferenz 2000, Nr. 323 bis 330, und "Der Neoliberalismus in Lateinamerika", Universidad Iberoamericana de Mexiko, 1997, Seiten 16 ff.).

Unsere Zurückweisung des Neoliberalismus bedeutet nicht, dass wir gegen den effizienten Gebrauch der Ressourcen sind, über die die Gesellschaft verfügt; ebensowenig wollen wir die Freiheit des Einzelnen einschränken oder einem Staatssozialismus das Wort reden. Al-

lerdings behaupten wir, dass es keine absoluten Einrichtungen gibt, die die Geschichte der Menschheit erklären oder lenken können. Wir unterstreichen, dass der Mensch als Mann und Frau nicht auf den Markt, den Staat oder auf irgend eine andere Macht oder Einrichtung reduziert werden kann, die sich totalisierend durchsetzen möchte.

Wenn wir die negativen Folgen der Globalisierung hervorheben, leugnen wir nicht einige positive Ergebnisse der Internationalisierung von Wissenschaft, Technologie und Kommunikation. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Fortschritte im Bereich der Medizin den Rückgang bestimmter Krankheiten und die Verlängerung der Lebensdauer ermöglicht haben, dass der schnelle Zugang zu Information den Austausch von Wissen und Fähigkeiten in den Bereichen Erziehung, Produktion und Arbeit mit sich gebracht hat. Wir sind uns auch dessen bewusst, dass die neuen Verkehrsmittel in Katastrophenfällen Solidaritätsaktionen auf internationaler Ebene ermöglichen usw. Aber zur gleichen Zeit sehen wir mit großer Trauer, wie Gewinnsucht, Konsumismus, Individualismus, Hedonismus und Mangel an Solidarität immer mehr zunehmen und immer weitere Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen.

Institutionell gesehen hat die Globalisierung starke Auswirkungen auf die Sozialpolitik der Regierungen gegenüber den schwächsten Bevölkerungsgruppen gehabt, deren Lebensqualität durch Kürzungen der Sozialausgaben in den Bereichen Gesundheit, Wohnung, Erziehung und Unterstützung der Landbevölkerung vermindert wird. Den makro-ökonomischen Kriterien (niedrige Inflationsraten, ausgeglichene Handelsbilanz, Sanierung der öffentlichen Finanzen durch neue Steuern usw.) wird eine größere Bedeutung zugemessen als einer ausgeglichenen sozialen Entwicklung, die alle Menschen berücksichtigt und ihnen die Möglichkeit gibt, als Menschen und Gemeinschaften zu wachsen, mit langfristigen Arbeitsplätzen, ausreichendem Einkommen und Orten des Zusammenlebens und der Erholung, die ihrer kulturellen Eigenart entsprechen und nicht vom Marketing der Fernseh- und Rundfunkmonopole abhängig sind.

Eine weitere Folge, die oft mit einer undiskriminierten Ausbreitung des Marktes in Zusammenhang gebracht wird, ist die Abnahme des sozialen Kapitals eines Landes. Dieses Kapital beruht grundsätzlich auf der Kultur in all ihren Eigenarten und vielfältigen Ausdrucksweisen, auf dem in langer Zeit angesammelten Wissen, auf der Bildung in all ihren Formen und Graden, auf den Naturressourcen und auf der Artenvielfalt. Dieses soziale Kapital ist das Ergebnis des aktiven Miteinanders der gesamten Gesellschaft und des Staates, insofern beide Seiten in friedlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit die Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen verfolgen. Dieses Zusammenwirken ist erforderlich, damit Kultur und Produktivität in allen Bereichen der menschlichen Tätigkeit entwickelt werden können.

Dieses soziale Kapital ist in all unseren Ländern zurückgegangen. Das Angebot an Bildungschancen, die Qualität der Erziehung und das Bewusstsein für soziale Werte wird immer prekärer. Im Durchschnitt leidet mehr als die Hälfte der lateinamerikanischen Bevölkerung unter einer minderwertigen Erziehung, die das Bewusstsein domestiziert, anstatt das Entfaltungspotential der Menschen freizusetzen, eine Erziehung, die mehr Wert auf den Erhalt eines Studienzeugnisses als auf eine ganzheitliche, das ganze Leben in Schwung bringende Ausbildung legt. Das Analphabetentum - sowohl das absolute wie das funktionale - betrifft noch einen hohen Prozentsatz der Menschen über 15 Jahren. Den Schätzungen nach beträgt die Analphabetenrate in Mexiko ca. 12% und die Anzahl der Bewohner über fünfzehn Jahren, die die Grundschule nicht abgeschlossen haben, belief sich vor nur sechs Jahren auf 34 Millionen.

Wir wären sehr naiv, wenn wir behaupteten, die größte Sorge unserer Regierungen in Lateinamerika sei das Schicksal der Armen. Das ist schon seit langem nicht der Fall und ist es jetzt noch viel weniger, denn die Armen sind nach den Maßstäben der freien Wirtschaft unrentabel.

Auf Grund der neoliberalen Politik kümmert sich der Staat immer weniger um die schwächeren Gesellschaftsgruppen, da er sich zu-

nehmend aus den Hilfs- und Entwicklungsprogrammen für die Armen zurückzieht, auch wenn im offiziellen Diskurs neue Projekte mit neuen Namen vorgestellt werden. In Wirklichkeit wird die Sozialfürsorge privatisiert, die Mehrung des sozialen und kulturellen Erbes wird vernachlässigt und die Netze der sozialen Nichtregierungsorganisationen werden geschwächt. Die Privatisierung der Sozialfürsorge folgt Werbestrategien, die nicht die Armen begünstigen, sondern das Ansehen der multinationalen Konzerne stärken.

4. EINIGE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG AUF DIE REGIONALEN KULTUREN

Es ist eine Tatsache, dass in letzter Zeit eine Neubewertung der regionalen und lokalen Kulturen in einigen unserer Länder zu verzeichnen war, was eine wachsende Akzeptanz des Interkulturalismus und des ethnischen, gesellschaftlichen und sozialen Pluralismus zur Folge hatte. Dennoch ist die Zukunftsperspektive entmutigend, da sich - angesichts der vom Marketing, von der Informations-Globalisierung und von der erwähnten minderwertigen Erziehung geförderten Tendenzen - diese Fortschritte nicht konsolidieren werden.

Es ist kein Chauvinismus, wenn wir behaupten, dass sich in unserer Umgebung allmählich Denkweisen und Verhaltensmuster durchsetzen, die Kulturmaßstäben entsprechen, die unserer lateinamerikanischen und christlich-katholischen Denkart fremd sind. Durch den immer schnelleren und immer schneller wechselnden Austausch zwischen Informatik-Technologien, Unterhaltung und Produktvermarktung werden uns allmählich viele Eigenschaften einer konsumorientierten, hedonistischen und individualistischen Weltansicht aufgezwungen. Gleichzeitig verlieren die eigenen Züge unserer Kulturen ihr Profil, besonders im Falle der "Indígenas" und der Menschen auf dem Lande. Gemeinschaftstraditionen, die aktive Teilnahme aller an wichtigen Beschlussfassungen, die gemeinschaftliche religiöse Feier der wichtigsten Ereignisse des Lebens, der Austausch von Gaben und Aufgaben zugunsten derjenigen, die sie benötigen, und vor allem die tiefe Überzeugung, dass Gott das persönliche Leben und die Ge-

schichte der Menschheit bestimmt, gehen immer mehr verloren.

5. ANDERE NEBENFOLGEN DER GLOBALISIERUNG

Ohne dass sie dafür die unmittelbare Ursache wäre, hat die Globalisierung die Beschleunigung und Zuspitzung verschiedener Probleme bewirkt, an denen der Kontinent schon seit einigen Jahrzehnten litt. Als Beispiele dafür sind zu nennen: die abnehmende Stabilität des Familienlebens; die Zunahme von Gewalt in all ihren Formen; die Diskriminierung der Frau; die Zerstörung der Umwelt und der Raubbau an den Naturressourcen; die Einschüchterung der Verteidiger der Menschenrechte sowie jener Gruppen von Bauern und "Indígenas", die nicht mit den Ausbreitungsplänen des wild wuchernden Kapitalismus einverstanden sind; die Korruption der Führungskräfte, damit diese der Regierungspolitik zu Gunsten der transnationalen Firmen das Wort reden; die Straflosigkeit und die Freiheit, mit der sich die Banden der Drogenhändler und Entführer bewegen; das fast natürliche Hinnehmen der Korruption; die Entführung und Vergewaltigung wehrloser Frauen und schließlich der Ersatz der christlichen Spiritualität und Mystik durch pseudoreligiöse Praktiken, die nichts wissen wollen vom christlichen Engagement im Kampf gegen die Sünde, in der Ausübung von Gerechtigkeit, im liebenden Dienst an allen, die - ungeachtet aller Unterschiede von Rasse, Farbe, Geschlecht oder Kultur - unsere Nächsten sind.

6. SCHLUSSFOLGERUNG UND AUFRUF ZUM HANDELN

Wir haben einige Folgen der Globalisierung und ihren Zusammenhang mit dem neoliberalen Entwicklungsmodell, das noch in all unseren Ländern vorherrscht, beschrieben. Gegenüber dieser so komplexen Problematik können wir es nicht dabei belassen, diese Tatsache

aufzuzeigen. Wir müssen gemeinsam die Herausforderungen annehmen, vor die uns die Lage stellt, und uns der Tatsache bewusst werden, dass wir - gegenüber all diesen Bedrohungen von außen und unseren eigenen Schwächen - doch ein chancenreiches Potential besitzen, um uns für das Lebensprojekt Jesu Christi einzusetzen und neue Wege der internationalen Solidarität zu gehen.

Es wäre naiv zu denken, dass wir mit kurzfristigen oder örtlich begrenzten Vorhaben oder Projekten dazu beitragen könnten, einige dieser Probleme zu lösen. Daher ist es dringend notwendig, dass das Treffen, an dem wir in diesen Tagen teilnehmen, uns dazu bringt, global zu überlegen, um dann örtlich zu handeln und kirchlich zu dienen. Die Solidarität, die es ermöglicht, sich den Herausforderungen zu stellen, bedarf einer offenen und ständigen allseitigen Kommunikation, um Analysen und Alternativen vorzulegen, die uns alle miteinbeziehen und Themen aufgreifen wie Emigration, Schutz unserer Naturressourcen, Export unserer Produkte unter Konkurrenzbedingungen, Durchsetzung der Arbeitsrechte in der Manufaktur-Industrie, angemessene und wahrheitsgemäße Information über die tatsächliche und zweckmäßige Investition von wirtschaftlichen und technologischen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung usw.

Schließlich müssen wir - auf dem Fundament unseres Glaubens an Christus, der für uns arm und zum Anwalt der Armen wurde - die kirchliche und solidarische Verpflichtung und Mitverantwortung dafür übernehmen, dass ein Frieden in Gerechtigkeit für alle und eine Entwicklung unter Beachtung der Würde des Menschen und der Bewahrung der Schöpfung Wirklichkeit werde.

Xalapa, 6. März 2002. Sergio Obeso ist der Erzbischof von Xalapa

4. Recht auf Entwicklung in Gefahr von Eduardo Tamayo

In Monterrey hat sich letztendlich das alte liberale Prinzip des „Trade not Aid“ (Handel statt Hilfe) durchgesetzt. Die Botschaft der reichsten Teile der Welt ist deutlich: Um die Nachteile der Dritten Welt zu überwinden, werden mehr Handel und private Investition angeordnet. Alles übrige (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung) erscheint als Zugabe.

Diese Argumente wurden in Genf anlässlich der von der Menschenrechtskommission vom 17. März bis 26. April geführten Debatte über das Recht auf Entwicklung wiederholt.

Einer der Hauptverteidiger der Weltneoliberalismus ist Kanada. „Aufgrund des unbestreitbaren Beitrages, den das internationale Wirtschaftssystem zur Entwicklung leistet, ist Kanada nicht der Meinung, dass das aktuelle System einen negativen Einfluss auf die Realisierung des Rechtes auf Entwicklung für alle hat“, so Susan Gregson, die Repräsentantin Kanadas in der UNO.

Im Gegensatz dazu argumentierten die kubanische Delegation und einige Menschenrechtsorganisationen, dass die neoliberale Globalisierung ein partielles Phänomen sei, von dem lediglich eine Minderheit profitiere. Anhand von Zahlen, Daten und Analysen zeigten sie auf, dass das Recht auf Entwicklung, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1986 verkündet hatte, immer mehr beeinträchtigt wird und kurz vor der Auflösung steht.

„Dem Weltbankbericht über die Weltentwicklung 2000/2001 zufolge, leben von den 6000 Millionen Bewohnern unseres Planeten ungefähr 2800 Millionen, also fast die Hälfte, von weniger als 2 Dollar pro Tag und 1200 Millionen, ein Fünftel, von weniger als einem Dollar täglich. Das Durchschnittseinkommen der 20 reichsten Länder des Planeten ist 37 mal größer als das der 20 ärmsten Länder. Dieses ungleiche Verhältnis hat sich in den letzten 40 Jahren verdoppelt“, betonte Jorge Ferrer Rodríguez, Mitglied der kubanischen Delegation bei den Vereinten Nationen.

Solche Ungleichheiten entstehen, wenn das Versprechen der entwickelten Länder, 0,7% ihres Bruttoinlandsproduktes in die Entwicklungshilfe (Ayuda Oficial para el Desarrollo (AOD)) zu investieren, weit davon entfernt ist, realisiert zu werden, wie es mit dem letzten Versprechen der Europäischen Union der Fall war. Heute erreicht die Entwicklungshilfe gerade einmal 0,22% des Bruttoinlandsproduktes. Lediglich fünf Länder Europas erreichen oder übertreffen das angestrebte Ziel. Das am weitesten industrialisierte und reichs-

te Land dieses Planeten, die Vereinigten Staaten, weist paradoxerweise den niedrigsten Entwicklungshilfeindex auf: lediglich 0,11% seines Bruttoinlandsproduktes.

Die Deklaration des Rechts auf Entwicklung von 1986 enthält einige Punkte, die für die industrialisierten Länder und transnationalen Unternehmen unangenehm sind. Unter anderem beinhaltet sie das Recht der Völker, die vollständige und komplette Souveränität über alle ihre natürlichen Ressourcen und Reichtümer auszuüben; plädiert für die Etablierung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung; zeigt eine direkte Verbindung zwischen Entwaffnung und Entwicklung auf und schlägt vor, dass die durch die Entwaffnung freigesetzten Ressourcen unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und dem Wohlstand aller Völker zukommen sollten.

Dies sind einige der Gründe, warum die Vertreter der reichen Länder und andere Akteure, die die neoliberale Globalisierung vorantreiben (Weltbank, Internationaler Währungsfond, Welthandelsorganisation), das Recht auf Entwicklung begraben möchten. Tatsache ist, dass letzteres in den Hintergrund gedrängt wurde und auf den internationalen Agenden und Veranstaltungen nicht diskutiert wird. Statt dessen wird lieber über eine „guten Regierung“, „Kampf gegen den Terrorismus“ oder „notleidende Staaten“, etc. gesprochen.

Um die achtzig zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der ganzen Welt haben einen Aufruf verbreitet, in dem sie anmahnen, dass sich die „Deklaration über das Recht auf Entwicklung“ in Gefahr befindet und riefen die von der Menschenrechtskommission ernannten Arbeitsgruppen dazu auf, die Einhaltung des Rechts auf Entwicklung im Sinne des Mandats der Kommission zu prüfen.

„Das Recht auf Entwicklung hat sich in eine Utopie verwandelt, auf die die Menschen auf den Straßen von Seattle, Genf, Porto Alegre oder Barcelona Anspruch erheben, während diejenigen, die auf Weltniveau die Zügel der Macht in der Hand halten, Anspruch erheben auf das Recht der bewaffneten Aggression,

auf wirtschaftliche Aggression und auf der Ausplünderung der Völker, der von großen Unternehmen und transnationalen Banken unter Mitwissen vieler Regierungen sowohl im Norden als auch im Süden stattfindet“, sagte Jairo Sanches von der amerikanischen Juristenvereinigung.

Das Dritte-Welt-Zentrum Europa (Centro Europa-Tercer Mundo, CETIM) bemerkte auch, dass es heuchlerisch wäre, das Recht auf Entwicklung in Kraft zu setzen, ohne zunächst die Hindernisse zu beseitigen, die der Entwicklung im Wege stehen. Dazu zählt die Auslandsverschuldung, die ein Problem der meisten Länder des Südens darstellt. Die einzig mögliche Lösung sei der Schuldenerlass, bemerkt das CETIM.

Während der Vertreter der Europäischen Union, der spanische Botschafter Joaquín Pérez-Villanueva y Tobar, darauf hinweist, dass es die Staaten selber sind, die die Hauptverantwortung bezüglich des Rechts auf Entwicklung tragen, erinnerte der Vertreter Cubas, Jorge Ferrer Rodríguez daran, dass die nationalen Kräfte, die einige Länder entwickeln, um das Recht auf Entwicklung umzusetzen, sich durch eine zunehmend unvorteilhaftere internationale wirtschaftliche, finanzielle und kaufmännische Umgebung beeinträchtigt sehen, die sich ihrer Kontrolle entzieht.

Ferrer fügt hinzu, dass die sogenannten strukturellen Reformen des neoliberalen Einschnitts,

die seit vielen Jahren unter verschiedenen Bezeichnungen von Weltbank und Internationalem Währungsfond durchgeführt werden, sowie die durch die Welthandelsorganisation in einigen Sektoren durchgesetzte Handelsliberalisierung die Möglichkeiten der Staaten, ihre nationalen Verantwortungen zu erfüllen, erheblich beeinträchtigen.

Schließlich machte die Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte in Zentralamerika (Comisión para la Defensa de los Derechos Humanos en Centroamérica, CODEHUACA) darauf aufmerksam, dass viele transnationale Unternehmen der entwickelten Länder, obwohl sie Freiheiten und Privilegien genießen, keine gerechten Löhne zahlen oder, besonders im Bereich des Bekleidungsmarktes, überstürzt geschlossen und Tausende von ArbeiterInnen ohne Arbeit auf die Straße gesetzt werden. „Es ist notwendig, dass die entwickelten Länder einsehen, dass, je mehr Unglück in unseren Ländern herrscht, desto größer wird die Zahl der Emigranten sein und dieser Erscheinung müssen sie mit Ernsthaftigkeit und Menschlichkeit begegnen. Es ist nicht möglich, solch ungleiche Nord-Süd Beziehungen aufrecht zu erhalten“, schloß die Kommission.

Servicio Informativo "Alai-amlatina", Agencia Latinoamericana de Información, info@alai.ecuanex.net.ec, <http://alainet.org>

5. Die neuen Sklaven von Carlos Montemayor

Am vergangenen 27. März gab der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein zu diesem Zeitpunkt der globalen Moderne besonders bedeutsames Urteil bekannt: Er legalisierte eine neue Form der Sklaverei. Das Urteil bezieht sich auf alle „illegalen“ Arbeitnehmer. Die "illegalen" oder vertragslosen Arbeitnehmer sind Tausende von Menschen, die keinen vernünftigen Schutz ihrer Arbeitsrechte genießen, die jedoch von zahlreichen Fabriken, Landwirtschafts- und Tourismusunternehmen oder Privathaushalten in den USA angefordert und eingestellt werden.

Es sind Arbeiter, denen die Legalität ihrer Arbeit, nicht jedoch die Arbeit selbst verwei-

gert wird. Es sind Arbeiter, keine Kriminellen oder Terroristen, kein Krebsgeschwür, wie es die mexikanische Regierung kürzlich behauptete. Mit dem vom obersten Gerichtshof der USA verkündeten Urteil werden sie weiterhin ohne Papiere arbeiten, jetzt aber ohne jegliche Garantien in ihrer Arbeit und im menschlichen Bereich; es werden die neuen Sklaven des 21. Jahrhunderts, des dritten Millenniums sein. Das Bedeutsame an diesem Urteil ist, daß es gerade von der höchsten gerichtlichen Instanz des Landes verkündet wird, das sich selbst zum Verteidiger der Demokratie in der Welt ernannt hat. Das höchste Gericht der Vereinigten Staaten hat geurteilt, daß Arbeit-

nehmer ohne Verträge kein Recht dazu haben, Firmen, die sie wegen der Ausübung ihrer Grundrechte entlassen oder bestraft haben, zu verklagen. So hat es im Falle des mexikanischen Arbeitnehmers José Castro, der zusammen mit anderen drei Arbeitern von der Firma Plastic Compound in Paramont, Kalifornien 1989 vom Dienst suspendiert worden war, entschieden. Jim Cason und David Brooks, Korrespondenten der *Journada*, gaben an, daß nach einem Gutachten der nationalen Junta der Arbeitsbeziehungen die Rechte von Castro verletzt worden waren und angeordnet wurde, daß geringere Löhne gezahlt werden sollten und er wieder eingestellt würde. Die Tribunale unterstützten die Anweisung der Junta, das höchste Gericht entschied jedoch anders. Aufgrund dieser Sachlage sprachen die Korrespondenten mit Arturo Rodríguez, dem Präsidenten der vereinigten Farmarbeiter von Amerika (der Gewerkschaft der Tagelöhner, die von dem US-Bürger mexikanischer Abstammung César Chávez gegründet worden war), der angab, daß die Arbeitgeber jetzt versuchen, noch mehr unregistrierte Arbeiter anzuwerben, da sie wissen, daß diese keinen legalen Schutz genießen.

Er beurteilt dies als einen Zustand der Sklaverei, da den Arbeitnehmern nun keine Möglichkeiten mehr bleiben, sich zu verteidigen. Die Wirtschaftspolitik, die seit den 80er Jahren der Welt aufgezwungen wird, hat einen uferlosen Anstieg der Armut hervorgerufen und den Prozeß der Ansammlung von Reichtum in bestimmten Regionen des Planeten und in bestimmten sozialen Schichten jeder nationalen Wirtschaft beschleunigt. Diese neue Armut unterstellt einen anderen Begriff des Menschen: freie Zirkulation des Kapitals und der Waren, nicht jedoch freie Zirkulation der Arbeit. Die Grenzen werden für neue Investitionen geöffnet, für die Immigration aber geschlossen. Doch es ist unmöglich, Grenzen zu schließen. Asiaten und Mexikaner kommen in die USA, Asiaten kommen nach Eu-

ropa, Nordafrikaner kommen nach Spanien, Nigerianer und Algerier nach Frankreich, Kurden nach Deutschland. Dieser permanente Fluß wird langsam die Grenzen in Gegenrichtung zu dem, was das momentane Globalisierungsmodell aufbaut oder annimmt öffnen. Deswegen gibt es in den Ländern der sogenannten ersten Welt eine wachsende kulturelle, arbeitspolitische, rassische, ökonomische und juristische Gewalt gegen die Minderheiten: seien es Türken, Schwarze, oder asiatische und hispanische Minderheiten. Die rassische Diskriminierung ist Teil einer viel breiteren Palette sozialer Ausschlüsse, die politische, juristische und ökonomische Bereiche durchdringen. Eine andere Vorstellung vom Menschsein entsteht jetzt, wo ganze Regionen sich als entbehrlich für die Weltwirtschaft entpuppen. Mit der Rückkehr zur Sklaverei in den Vereinigten Staaten wird eine wichtige Botschaft an die verarmte Welt gesendet. Oder besser, an Länder wie das unsere. Die Botschaft erklärt, aus was die Modernisierung der Weltgesetzgebung in der Arbeitswelt besteht. Allem Anschein nach intendiert das Globalisierungsmodell nur, die Anstellungen und vor allem die Entlassungen der Arbeiter zu verbilligen. Jetzt wird deutlich, daß es darum geht, über Verordnungen wie den legalen und den illegalen Arbeiter die Arbeit zu verbilligen. Die größte Modernisierung müßte also die Sklaverei sein. Müssen wir diesem Modell der Arbeitsmodernisierung Beifall zollen? Warum verpfändet sich die mexikanische Regierung dafür, Menschenrechtsverletzungen nur in Kuba ausfindig zu machen? Warum sollten wir weiter glauben, daß die neue mexikanische Diplomatie der Invasion in Palästina und den illegalen mexikanischen Arbeitern, jetzt zu Sklaven gemacht, den Rücken kehren sollte? Ist das die Modernisierung, die für Mexiko erhofft wird?

Aus: La Jornada, Mexiko, Dienstag 02. April 2002

6. Die Rezession der „New Economy“ in den USA: wirtschaftliche Kennzahlen 2001 von Dean Baker

Nun, da die gegenwärtige Rezession endlich auch von offizieller Seite her anerkannt wird, sagen die meisten Ökonomen bereits wieder ihr Ende voraus. Diese Behauptung sollte man

eher kritisch betrachten. Die große Mehrheit ebendieser Ökonomen war nicht in der Lage, den Beginn dieser Rezession vorherzusehen – in erster Linie, weil sie sich weigerten, die Probleme zu sehen, die einer Börsenblase von noch nie da gewesener Größe mit sich bringt.

Eine wirtschaftliche Erholung muss von einem schnellen Anstieg mehrerer Nachfragekomponenten angetrieben werden. Es ist nicht abzusehen, welcher Sektor die Wirtschaft in naher Zukunft ankurbeln kann. Sowohl der Verbrauch als auch die Investitionen, die Ende der Neunziger den Boom verursachten, werden in nächster Zeit vermutlich schwach bleiben. Die Ausgaben der Regierungen auf staatlicher und lokaler Ebene werden die wirtschaftliche Entwicklung eher behindern, da diese Regierungen wegen sinkender Steuereinnahmen gezwungen sind, einen Sparkurs einzuschlagen. Die besten Voraussetzungen für baldiges Wachstum wären steigende Nettoexporte, für die wiederum der Dollar fallen müsste. Eine Abwertung des Dollar ist früher oder später unvermeidlich - je früher, desto besser für die Wirtschaft. Und dann ist es wichtig, dass die US-Notenbank (*Federal Reserve Board*) nicht versucht, den Fall zu verhindern oder seine Auswirkung durch höhere Zinsen auszugleichen.

Die Wirtschaft im Jahr 2002

Nach fünf Jahren rapiden Wachstums ist die Wirtschaft im Jahr 2001 zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt in einer Rezession versunken. In den vergangenen fünf Jahren wurden jährlich durchschnittlich fast drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Im Jahr 2001 wurden fast eine Million Arbeitsplätze abgebaut. Der Verlust dieser Arbeitsplätze erhöhte die Arbeitslosenrate von 4 Prozent im Jahr 2000 auf fast 6 Prozent Ende 2001.

Dieser konjunktureller Abschwung überraschte viele Ökonomen. Das Congressional Budget Office (CBO) sagte beispielsweise im Juli 2000 ein Wachstum von 3,1 Prozent für das Jahr 2001 voraus. Noch im Januar prophezeite es einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent. Das *Office of Management and Budget* sagte im Januar 2001 3,3 Prozent Wachstum voraus. Die meisten privaten Konjunkturbeobachter machten ähnliche Voraussagen. Obwohl die Zahlen für das vierte Quartal noch nicht vorliegen, ist doch ab-

zusehen, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für das ganze Jahr nahe Null liegen wird.

Während der genaue Zeitpunkt des Konjunktüreintritts nicht vorhersehbar war, sollte die Tatsache, dass er kurz bevor stand, doch offensichtlich gewesen sein. Im Jahr 2000 wurde die Wirtschaft von einem Investitionsboom im IT-Sektor und eine Konsumwelle angetrieben. Diese beiden Phänomene wiederum wurden von einem boomenden Aktienmarkt hervorgerufen. Auf seinem Höhepunkt im März 2000 wurde der Markt insgesamt 33-mal höher bewertet als die Unternehmensgewinne. Das war mehr als doppelt so viel wie das historische Kurs-Gewinn-Verhältnis von 14,5 zu 1. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der Unternehmensgewinne am BIP sich bereits auf einem außergewöhnlich hohem Niveau befand und kaum noch weiter steigen konnte, waren die Marktbewertungen besonders bizarr. Im Januar 2000 sagte das CBO auch tatsächlich voraus, dass die realen (inflationbereinigten) Firmengewinne über die nächsten zehn Jahre fallen würden, da abzusehen schien, dass der Anteil der Unternehmensgewinne am BIP schrumpfen würde.

Da es so gut wie unmöglich war, einen glaubhaften Grund zu finden, der die hohen Aktienkurse hätte erklären können, war ein massiver Konjunkturrückgang unvermeidlich. Und ein Rückgang würde den beiden Hauptantriebskräften des schnellen Wachstums der späten Neunziger ein Ende bereiten: den boomenden Investitionen im IT-Sektor und Konsumwut. Die Börsenblase hatte bereits Ende 2000 angefangen, Luft zu verlieren, also hätten die Ökonomen die Schwäche in diesen beiden Sektoren, die im Jahre 2001 fatal wurde, voraussehen müssen.

Der Wohlstandseffekt des Booms auf dem Aktienmarkt hatte die Sparquoten fast auf Null gedrückt. Als die Börse ihre Spitzenwerte hinter sich gelassen hatte, war praktisch sicher, dass die Sparquoten steigen würden –

die Haushalte passten sich sowohl an den niedrigeren Wert ihres Wertpapierbesitzes als auch an die sinkenden Erwartungen auf steigende Aktienkurse an. Familien mit beträchtlichem Wertpapierbesitz erkannten, dass sie mehr sparen mussten, um Dinge wie die Ausbildung ihrer Kinder oder ihren eigenen Ruhestand bezahlen zu können. Und per Definition bedeutet Sparen, weniger zu konsumieren.

Das Platzen der Technologieblase an der Börse bedeutete, dass es für Unternehmen mit wenig oder gar keinem Gewinn nicht länger möglich war, durch die Herausgabe neuer Aktien Milliarden von Dollar Kapital aufzutreiben. Das Federal Reserve Board berichtet auch, dass die Banken ihre Kreditrichtlinien in den vergangenen zwei Jahren verschärft haben. Und da die Investoren Rentabilitätsbeweise sehen wollen, mussten viele Unternehmen ihre Investitionspläne stark zurückfahren, und eine große Anzahl ist im vergangenen Jahr in Konkurs gegangen.

Ist Erholung in Sicht?

Viele Ökonomen, die von der Rezession überrascht wurden, sagen jetzt einen schnellen Wiederaufschwung voraus. Diese Prognose sollte man mit Vorsicht genießen, da die Voraussetzungen für diesen Optimismus eher zweifelhaft sind.

Beispielsweise schreiben viele Analysten, die durchschnittliche Nachkriegsrezession dauere elf Monate. Wäre dies eine durchschnittliche Rezession, so müsste die Besserung im Februar beginnen, da die Flaute im März angefangen hat. Aber dies scheint keine durchschnittliche Rezession zu sein. Frühere Konjunkturrückgänge wurden vom Federal Reserve Board in Gang gesetzt, das die Zinsen erhöhte, um Wachstum und Inflation zu verlangsamen. Höhere Zinsen ließen den Kauf von Häusern und Autos zurückgehen. Obwohl die sechs Zinserhöhungen der US-Notenbank zwischen 1999 und 2000 vielleicht zum Ausbruch der Rezession beigetragen haben, waren die beiden Hauptfaktoren doch der Kollaps des Investments und der geringere Konsumanstieg, aufgrund eines zurückgehenden Aktienmarkts. Die Verkaufszahlen von Immobilien und Kraftfahrzeugen sind übrigens bisher

konstant hoch geblieben. Das bedeutet, dass es keine aufgestaute Verbrauchernachfrage gibt, die einer wirtschaftlichen Erholung Starthilfe leisten könnte.

Der andere für gewöhnlich zitierte Grund für Optimismus ist der jüngste Anstieg der Aktienkurse. Aber spätestens jetzt sollte offensichtlich sein, dass die Börse ein sehr mangelhafter Indikator ist. Sie wird oft von völlig irrationalen Kräften angetrieben – die Wirtschaft folgt ihr nicht nach einem regelmäßigen Muster. Zitieren wir einen Extremfall: Im Jahr 1989 stieg der japanische Nikkei-Index auf 40 000 Punkte. Zwölf Jahre später, nach einem Jahrzehnt langsamen Wachstums mit vier Rezessionen, steht er auf nicht einmal einem Drittel seines früheren Wertes.

Die Erholung der Wirtschaft muss auf dem Wachstum der tatsächlichen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts basieren, nicht auf Wunschdenken. Bis jetzt ist noch nicht klar, wo dieses Wachstum stattfinden soll. Wie immer ist der Konsum die wichtigste Komponente, da er fast 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Es fällt schwer, in naher Zukunft einen Grund für einen Konsumanstieg zu sehen. Seit März werden Arbeitsplätze abgebaut, und die Geschwindigkeit des Arbeitsplatzabbaus hat sich seit dem 11. September auch noch stark erhöht. Da der Rückgang an Arbeitsplätzen auch noch mit weniger Arbeitsstunden für die verbliebenen Werk tätigen und einem schleppenden Anstieg der nominalen Einkommen einhergeht, befindet sich das tatsächliche Realeinkommen seit Juni im Fall. Der Verlust an Arbeitsplätzen wird vermutlich in der unmittelbaren Zukunft weitergehen, selbst bei optimistischer Betrachtungsweise. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass Löhne und Gehälter kurzfristig deutlich ansteigen werden. Tatsache ist, dass die Einkommenszahlen im Dezember und Januar besonders schlecht sein dürften, da viele Unternehmen am Jahresend-Bonus sparen werden.

Der schwache Lohn- und Gehaltsanstieg ist nicht der einzige Faktor, der den Konsum dämpfen wird. Das Verhältnis von Haushaltsverschuldung zu verfügbarem Einkommen ist derzeit außerordentlich hoch. Die Verschuldung macht (ohne Hypotheken) mehr als 23

Prozent des verfügbaren Einkommens aus; zum Vergleich: 1990, auf dem Höhepunkt der letzten Wachstumsphase, lag sie bei 18,4 Prozent des verfügbaren Einkommens. Niedrigere Zinsen verringern zwar die Last dieses Schuldenbergs, aber sie ändern doch nichts an der Tatsache, dass viele Haushalte an den Grenzen ihrer Kreditfähigkeit angelangt sind.

Tatsächlich werden die niedrigen Zinsen der vergangenen Monate - die die Wirtschaft vor einem weiteren Rückgang bewahrten - eine mögliche Umkehr im nächsten Jahr (2002) eher dämpfen. Die Flut von Neuwagenkäufen (ausgelöst von Finanzierungsangeboten zu null Prozent) wird größtenteils zu Lasten der Autokäufe im ersten Halbjahr 2002 gehen. Die außergewöhnlichen Finanzierungsangebote haben zweifellos neue Kunden auf den Markt gebracht, aber die größere Wirkung war doch, dass die Verbraucher ihren Kauf einfach vorzogen. In ähnlicher Weise wird die Welle der Immobilienfinanzierungen aus dem vergangenen Herbst die Umsätze im Jahr 2002 (trotz weiterhin niedriger Hypothekenzinsen) einschränken.

Mit geringen oder gar keinen Steigerungen bei den Löhnen und Gehältern, einer hohen Verschuldungsrate und einem relativ gesättigtem Automobilmarkt gibt es wenig Hoffnung auf einen starken Konsumanstieg, zumindest für die erste Hälfte des Jahres 2002.

Bei den Investitionen sieht es auch nicht viel besser aus. Die Auslastungsrate der vorhandenen Kapazitäten ist auf unter 75 Prozent gefallen und liegt jetzt nicht mehr weit über den Tiefpunkten der Rezessionen von 1974-5 und 1981-2. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass die Firmen in nächster Zeit das Bedürfnis verspüren, ihre Kapazitäten zu erhöhen. Das trifft besonders auf den Technologiebereich zu, wo es noch immer eine enorme Überkapazität in der Halbleiter- und Computerindustrie gibt.

Zusätzlich sind die Gewinne seit dem letzten Jahr um 20 Prozent gesunken, und viele Firmen werden in ihrer Kreditwürdigkeit herabgestuft, weshalb die Finanzierung ein Hindernis für die Neuinvestitionen vieler Unternehmen darstellen könnte. Es mag sein, dass der Rückgang der Investitionsausgaben in den nächsten beiden Quartalen gestoppt wird, aber

es gibt keinen Grund, kurzfristig eine bedeutende Kehrtwende zu erwarten.

Der öffentliche Sektor der staatlicher und lokaler Regierungen - der 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht - wird die Wirtschaft im kommenden Jahr vermutlich substantiell bremsen. Die öffentlichen Einnahmen sind aufgrund der schwachen Wirtschaft deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Daher sehen sich die meisten dieser Regierungen gezwungen, Ausgaben und Arbeitsplätze zu reduzieren, um ihre Budgets auszugleichen.

Der Immobilienmarkt ist relativ stark geblieben, da niedrige Zinsen die Nachfrage aufrechterhalten haben. Aber sogar hier sieht die Zukunft nicht so rosig aus. Die Immobilienpreise waren noch bis ins erste Halbjahr 2001 stark angestiegen. Der mittlere Preis eines neuen Hauses lag im Oktober um 6,1 Prozent niedriger als im Spitzenmonat Juni. Der Durchschnittspreis eines neuen Hauses lag um 5,1 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die monatlichen Statistiken für Immobilienpreise scheinen eher sprunghaft und sind nicht sehr aufschlussreich, aber der Preisverfall dauert nun schon lange genug, um deutlich zu machen, dass sich die Immobilienpreise nach unten bewegen: ein Zeichen für einen schwächelnden Verkaufsmarkt und die eingeschränkte Möglichkeit für Hausbesitzer, Hypothekendarlehen aufzunehmen.

Die Aussichten für das kommerzielle Baugewerbe sind laut einem Bericht der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) besonders düster. Es scheint einen Überschuss an Büroflächen, Einzelhandelsflächen und Hotelzimmern zu geben. Die FDIC gab diesen Bericht vor dem 11. September heraus.

Die beste Chance auf Wachstum, aber auch das größte Risiko, stellt der internationale Sektor dar. Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Rezession ist es unwahrscheinlich, dass die amerikanischen Exporte durch starkes Wachstum im Ausland Auftrieb bekommen könnten. Der starke Dollar führt jedoch zu großen und untragbaren Handelsdefiziten. Irgendwann muss er fallen. Das wird zu einer beträchtlichen Reduzierung des Handelsdefizits führen, da ein niedrigerer Dollar US-Güter wettbewerbsfähiger macht, sowohl im

In- als auch im Ausland. Ein Rückgang des Handelsdefizits könnte der Wirtschaft kräftigen Auftrieb geben. Es kommt dabei jedoch auch zu verstärktem Inflationsdruck: möglicherweise zu einer um bis zu 2 Prozentpunkte erhöhten Inflationsrate. Falls das Federal Reserve Board dann die Zinsen erhöht, um diese Inflation zu bekämpfen, könnte dies den anregenden Effekt eines niedrigen Dollars wieder aufheben.

Da Leistungsbilanzdefizite von (gegenwärtig) 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht haltbar sind, ist der Fall des Dollars unvermeidlich, aber genauso wie bei der Börsenblase ist der genaue Zeitpunkt des Rückgangs nicht vorhersehbar. Im Augenblick ist ein starker Wertverlust des Dollar die beste Chance für ein erneutes Wirtschaftswachstum, da es keine wirtschaftsfördernden Maßnahmen von Seiten der Regierung gibt.

Steueranreize können die Wirtschaft ankurbeln, aber es gibt schwerwiegende politische Hindernisse gegen die Zustimmung des Kongresses zu einem effektiven Maßnahmenpaket. Für steuerliche Anreize ist eine deutlich andere Haltung zu Haushaltsdefiziten vonnöten, als sie der Kongress kürzlich gezeigt hat. Es ist nicht sicher, ob der Kongress bereit ist, substantielle Ausgabenerhöhungen oder Steuerensenkungen zu unterstützen, wenn der Haushaltsansatz schon ein Defizit verzeichnet. Außerdem könnten die Defizite deutlich höher werden, als es selbst aktuelle Prognosen vorhersagen. Der Haushaltsplan des letzten Jahres ging von mehr als 100 Milliarden Dollar jährlich an Kapitalsteuern aus. (Die Planung für das Steuerjahr 2002 sogar von 125 Milliarden Dollar.) Diese Schätzungen scheinen angesichts des aktuellen Kurseinbruchs am Aktienmarkt sehr hoch.

Alles in allem gibt es keine zuverlässige Basis für die Annahme, dass eine Erholung kurz bevorsteht. Da Arbeitsplatzverluste und eine hohe Verschuldung den Verbrauch weiterhin drosseln und Überkapazitäten und Finanzierungsprobleme die Investitionen bremsen, werden die Hauptmotoren wirtschaftlichen Wachstums vorläufig langsam laufen. Die beste Aussicht für einen Umschwung ist entweder ein deutlicher Fall des Dollar, was die Exporte in die Höhe treiben würde, oder eine

hohe Dosis Steueranreize vonseiten der US-Regierung.

Dean Baker ist Co-Direktor des Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschung. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem CEPR. www.cepr.net